

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 09.02.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

SPD

Frau Brandtner
Herr Brücher
Frau Gorsler
Herr Kaufmann
Herr Pieplau

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Herr Wasyliw
Herr Weber

(ab 17.10 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood
Frau Mann
Frau Dr. Ober

Vorsitzende

(bis 19.10 Uhr)

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic
Herr Buschmann
Frau Huber

Integrationsrat
FDP-Fraktion
Seniorenrat

(bis 18.55 Uhr)

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Schellong CDU-Fraktion

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Schulz

Frau Buddemeier
Herr Metzger
Herr Cremer

Herr Puls
Herr Bilke

Gäste:

Herr Korbmacher
Herr Radloff
Herr Siegeroth

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gleichstellungsstelle
Bauamt
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 3

AGW
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
REGE mbH

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Weber schlägt vor, die Beratung über den Antrag unter TOP 3.1 unter TOP 8 abzuhalten. Die Anwesenden sind einverstanden.

Zu Punkt 1 Mitteilungen**Zu Punkt 1.1 Mietspiegel 2016**

Herr Metzger informiert über den ausliegenden Mietspiegel 2016 und teilt mit, dass die Werte nur gering angepasst worden seien. In diesem Jahr werde der Mietspiegel lediglich fortgeschrieben. Grundlage für die Fortschreibung sei der 1,04 %-ige Anstieg des Verbraucherpreisindex.

-.-.-

**Zu Punkt 1.2 "Gleiche Rechte für Frauen und Männer"
- Flyer von Terre des Femmes -**

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den ausliegenden Flyer von Terre des Femmes, der Flüchtlinge in 10 Sprachen über „Gleiche Rechte für Frauen und Männer“ in Deutschland aufkläre. Dieser Flyer würde von den Sozialarbeitern des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- in den Unterkünften verteilt.

-.-.-

Zu Punkt 1.3 Einladung zur Besichtigung von Flüchtlingsunterkünften

Frau Schulz gibt bekannt, dass am 17.02.2016, ab 15.00 Uhr, eine Besichtigung von drei Flüchtlingsunterkünften geplant sei. Genauere Informationen könnten der per Mail übersandten Einladung entnommen werden.

Auf Vorschlag von Herrn Hood, wird die Verwaltung beauftragt, eine gemeinsame Fahrt zu den Unterkünften zu organisieren.

-.-.-

Zu Punkt 1.4 Menschenskind - Bielefelder Wegweiser für Eltern-Selbsthilfegruppen

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die ausliegende Broschüre „Bielefelder Wegweiser für Eltern-Selbsthilfegruppen“, der über die Selbsthilfe-Kontaktstelle des Paritätischen ausgegeben werde.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Anfragen**

Zu Punkt 2.1 **Anzahl der alleinreisenden männlichen Flüchtlinge in Bielefeld
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.01.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2702/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Es gibt keine Rückfragen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 **Anträge**

Zu Punkt 3.1 **Abbau des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention
(Antrag der CDU-Fraktion vom 28.01.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2736/2014-2020

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu TOP 8.6, wird wie folgt diskutiert und beschlossen:

Herr Weber verweist in diesem Zusammenhang auf die Empfehlung 2 zu Punkt 3.4.1 in der Drucks.-Nr. 2734/2014-2020, nach der im GPA-Bericht die Bündelung aller beratenden, planerischen und sachbearbeiterischen Tätigkeiten in einer Abteilung empfohlen werde. In der letzten Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses seien in anderen Bereichen Zusammenlegungen beschlossen und Synergieeffekte abgeschöpft worden. Es sei nicht nachvollziehbar, warum im Sozialdezernat auf solche Synergieeffekte verzichtet werde.

Frau Gorsler bekundet die weiterhin bestehende Einschätzung der SPD-Fraktion, dass das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention eine sehr wichtige und übergeordnete Steuerungsfunktion innehave. Der Abbau dieses Büros habe den Wegfall der Steuerungsfunktion z. B. in den Bereichen Quartiersentwicklung, Suchtprävention und Pflege zur Konsequenz. Die letzten Monate hätten die Sinnhaftigkeit und die Effektivität des Büros deutlich gemacht.

Frau Mann erklärt, dass ein Antrag, der pauschal alle Stellen dieses Büros mit kw-Vermerken belegen wolle, von ihrer Fraktion keine Zustimmung erhalte.

Beigeordneter Herr Nürnberger nimmt Stellung, da eine Organisationseinheit aus seinem Dezernat direkt betroffen sei. Die Verlagerung von Fachplanungen aus den Ämtern heraus in das Büro für Integrierte Sozi-

alplanung und Prävention, habe dazu geführt, dass die Zusammenarbeit der Planer in einer Organisationseinheit, z. B. bei der Pflegebedarfsplanung im Quartier, zu Synergieeffekten geführt habe. Schnittstellen werde es in Organisationen immer geben. Die Aufgaben im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention würden in keinem anderen Amt geleistet, so dass hier keine Doppelstruktur existiere.

Die Forderung, die Stellen des Büros mit einem kw-Vermerk zu versehen, führe beim Ausscheiden der Mitarbeiter dazu, dass die Stellen entfallen würden. Für ihn sei unverständlich, dass eine Ratsfraktion die Auffassung vertrete, bei einer immer komplexer werdenden Stadtgesellschaft benötige das Sozialdezernat keine Planungskapazitäten. In diesem Zusammenhang macht er explizit auf die planerischen Ergebnisse des Büros im Rahmen des Projektes „Bielefeld integriert“ aufmerksam.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass Stellen nur vom Rat mit einem kw-Vermerk belegt werden könnten und nicht vom Oberbürgermeister.

Herr Buschmann stellt klar, dass mit der Schaffung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention eine Planungseinheit geschaffen worden sei, die auf Augenhöhe mit dem Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- und dem Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- agiere. Diese Planungsaufgaben gehörten originär, unter Führung des Sozialdezernenten, in diese Ämter. Die Belegung der Stellen mit einem kw-Vermerk solle nicht zur Aufgabekürzung, sondern zur Verlagerung der Planungsaufgaben in die Ursprungsämter führen. Er schlägt eine dahingehende Modifizierung des Antrages vor.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden Frau Dr. Ober, lehnt Herr Weber eine Anpassung des Antrages ab, da von der Verwaltung keine Veränderungsbereitschaft signalisiert werde.

Herr Korbmacher zeigt auf, dass es im letzten Jahr deutliche Veränderungen in der Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention gegeben habe. Die von der AGW in der Vergangenheit angebrachten Kritikpunkte müssten sachlich betrachtet zurückgenommen werden.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss appelliert an den Oberbürgermeister, aus finanziellen Gründen die Doppelstruktur des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention abzubauen und die Stellen künftig als kw zu setzen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 4

Situation der Flüchtlinge in Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass es für Bielefeld bis Ende Februar keine Zuweisungen geben werde. In NRW würden die Flüchtlinge zunächst Kommunen zugewiesen, die ihre Zuweisungsquoten noch

nicht erfüllt hätten. Die Bezirksregierung habe dazu geraten, für Bielefeld ab März mit einer Zuweisung von wtl. 70 Personen zu rechnen. Sollte diese Ankündigung zutreffen, gebe es in Bielefeld bis Mai ausreichend Unterkünfte (Kultur- und Kommunikationszentrum Sieker (KuKS), Handwerkerbildungszentrum (HBZ) und drei Systembauten => 400 Plätze). Unabhängig davon, bestehe für die zweite Jahreshälfte ein hoher Handlungsdruck, da es zurzeit keine weiteren geeigneten Immobilien gebe. Das Sozialdezernat beschäftige sich derzeit intensiv mit der Schaffung von Tagesstrukturen für die geflüchteten Menschen. Herr Weber bedankt sich für den Bericht und fordert alle dazu auf, dieses Thema auch politisch intensiv und kontinuierlich zu begleiten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2648/2014-2020/1

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage und teilt mit, dass bereits Änderungen des Integrationsrates in die Richtlinien eingearbeitet worden seien.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass im Jugendhilfeausschuss kein einheitliches Votum abgegeben worden sei. Er bedaure das und schlage deshalb, nach Gesprächen mit den Fraktionen und auf Empfehlung des Rechtsamtes, noch folgende zusätzliche Änderungen der Richtlinien vor:

„Antragsverfahren

1. *Anträge können ganzjährig schriftlich gestellt werden. Zusätzlich zum Antrag ist eine Kostenaufstellung einzureichen, aus der Sponsorengelder, private Mittel und andere Einnahmen hervorgehen.*
2. *Der gesamte Antrag wird durch das Sozialdezernat geprüft.*
3. *Nach erfolgter Prüfung des Sozialdezernates wird die Maßnahme bzw. das Projekt dem Vergabegremium (s.u.) vorgestellt. Dieses berät über die Förderung und ggf. über die Förderhöhe und gibt eine Empfehlung ab. Die Beratungsergebnisse werden in den jeweiligen Sitzungsprotokollen festgehalten.*
4. *Sodann erstellt das Sozialdezernat auf der Basis der Empfehlung des Vergabegremiums einen Bescheid gegenüber dem Antragsteller.*

Vergabegremium

Die Anträge auf Mittel aus dem Verfügungsfonds werden durch ein Vergabegremium beraten.

Dieses setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- 3 Vertreter/innen der Kommunalpolitik
- 2 Vertreter/innen des Integrationsrates
- 2 Vertreter/innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände
- Sozialdezernent der Stadt Bielefeld

Die Mitglieder können sich im Falle der Verhinderung vertreten lassen. Dem Sozialdezernenten obliegt der Vorsitz, die Geschäftsführung wird vom Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention wahrgenommen. Das Vergabegremium empfiehlt dem Sozialdezernat mittels Mehrheitsbeschluss, welche Projekte gefördert werden sollen. Findet ein Antrag keine 3/4-Mehrheit im Vergabegremium, trifft der jeweils zuständige Fachausschuss des Rates die Entscheidung. Die Entscheidung ergeht nach Maßgabe dieser Richtlinien. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht.“

Frau Bußmann merkt an, dass es nach ihrem Dafürhalten besser wäre, wenn jede Ratsfraktion in dem Vergabegremium vertreten sei und die Entscheidungen nicht in einem kleinen politischen Kreis getroffen würden.

Eine personelle Vergrößerung des Gremiums lehnt Herr Weber ab. Herr Weber begrüßt die vorgeschlagenen Verwaltungsänderungen, halte ein Vergabegremium, als Parallelgremium zu den Ausschüssen, allerdings für fragwürdig. Er schlägt eine weitere Änderung vor:

„Wenn ein Ratsmitglied dem Antrag nicht zustimmt, wird der zuständige Fachausschuss mit der Entscheidung beauftragt.“

Herr Bolte unterstützt den Vorschlag von Herrn Weber.

Frau Adilovic erklärt die Zustimmung des Integrationsrates zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen.

Herr Gugat sieht ein besonderes Vetorecht eines einzelnen Ratsmitgliedes als unnötige Hürde. Er schlägt vor, die Protokolle der Vergabesitzungen zeitnah den SGA-Mitgliedern zur Kenntnis zu geben und somit die nötige Transparenz zu gewährleisten.

Frau Gorsler weist darauf hin, dass die im Vorfeld geäußerten Bedenken mit dem Änderungsvorschlag ausgeräumt worden seien. Das Vetorecht eines einzelnen sei in einem Vergabegremium nicht angemessen.

Herr Korbmacher erinnert an die Hintergründe, die zur Entwicklung der Richtlinien geführt hätten. Mit den Projektmitteln sollten Initiativen unbürokratisch unterstützt werden, die schnell etwas initiieren wollen. Er weist darauf hin, dass bei Abstimmungen die Befangenheitsregelungen gemäß der Geschäftsordnung des Rates Anwendung finden würden.

Beigeordneter Herr Nürnberger sagt zu, dass der SGA regelmäßig über die bewilligten Projekte informiert werde.

Herr Hood unterstützt die vorgelegten Verwaltungsänderungen.

Vorsitzende Frau Dr. Ober fordert zur Abstimmung über den folgenden Änderungsantrag von Herrn Weber auf:

„Wenn ein Ratsmitglied dem Antrag nicht zustimmt, wird der zuständige

Fachausschuss mit der Entscheidung beauftragt.“

Abstimmung:

Ja = 5 Stimmen, Enthaltungen = 2 Stimmen, Nein = 9 Stimmen

- mehrheitlich bei zwei Enthaltungen abgelehnt -

Vorsitzende Frau Dr. Ober fordert die Anwesenden zur Abstimmung über die Beschlussvorlage, Drucks.-Nr. 2648/2014-2020/1, unter Berücksichtigung der als Tischvorlage vorgebrachten Änderungen der Verwaltung auf:

Beschluss:

1. Die „Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld“ werden, unter Berücksichtigung der als Tischvorlage eingebrachten Änderungen, beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien bekannt zu machen und das Verfahren wie dargelegt abzuwickeln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen politischen Gremien nach Auslaufen der Förderung über die Inanspruchnahme der Mittel und die geförderten Projekte zu berichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Nachrichtlicher Hinweis:

Die beschlossene neue Fassung der Richtlinien ist unter der Drucks.-Nr. 2648/2014-2020/1 im Ratsinformationssystem einsehbar.

Zu Punkt 6

Grundlagen für eine kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung - 17 Gesundheitsindikatoren für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2715/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel führt kurz in das Themengebiet ein.

Herr Cremer stellt 17 Gesundheitsindikatoren und deren Rahmenbedingungen vor und erläutert die Ergebnisse zur gesundheitlichen Lage in Bielefeld (**Anlage 2**).

Beigeordnete Frau Ritschel ergänzt, dass nach dem Präventionsgesetz Akzente in der Gesundheitsprävention und -vorsorge gesetzt werden sollen. In Bielefeld seien einige Projekte, z. B. für Senioren und Jugendliche, in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Gesundheitskonferenz

(KGK), gestartet worden. Da Veränderungen im Bereich der Gesundheit erst nach einiger Zeit sichtbar würden, sei es wichtig, die in Projekten aufgebauten Netzwerke weiter zu betreiben und einzelne Aspekte nochmal stärker zu betrachten.

Herr Weber bittet um eine konsequente Fokussierung auf einige wesentliche Themen, um dort Effekte erzielen zu können.

Fragen von Vorsitzender Frau Dr. Ober, Herrn Gugat und Frau Adilovic werden von Beigeordneter Frau Ritschel und Herrn Cremer beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7

Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die „Überörtliche Prüfung Soziales der Stadt Bielefeld im Jahr 2014“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2734/2014-2020

Frau Schulz informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage und bewertet den Gesamtbericht für den Bereich Soziales als positiv.

Herr Weber merkt an das unter Punkt 3.4.1, Empfehlung 2, die Gemeindeprüfungsanstalt genau das empfehle, was die CDU in ihrem vorliegenden Antrag fordere.

Fragen von Herrn Gugat werden von Frau Schulz und Beigeordnetem Herrn Nürnberger beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Haushaltsberatungen 2016 -Beschlussfassung-

Zu Beginn der Beratungen verweist Vorsitzende Frau Dr. Ober auf die zahlreichen Fragen, deren Beantwortung durch die Verwaltung bereits im Vorfeld der Sitzung per Mail an die Mitglieder versandt worden sei. Sie bittet, Nachfragen zu den Antworten unter den entsprechenden Tagesordnungspunkten zu stellen.

Herr Weber bittet darum, nach den Beschlüssen zu den einzelnen Haushaltsplänen auch einen Beschluss über den gesamten Sozialhaushalt 2016 zu fassen.

Die Anwesenden sind einverstanden.

Zu Punkt 8.1 Konkretisierung von Konsolidierungsmaßnahmen 2016 - 2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2411/2014-2020

Weitere Fragen von Frau Bußmann werden von Frau Schulz beantwortet.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks-Nr. 2411/2014-2020 zur Kenntnis.

-:-

Zu Punkt 8.2 Haushalts- und Stellenplan 2016 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2485/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist in diesem Zusammenhang auf den Psychiatriebeiratsbeschluss über die beabsichtigte Einsparung der Psychiaterstelle in der Erwachsenenpsychiatrie des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushalts- und Stellenplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Teilergebnisplänen** der Produktgruppe 11.02.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 24.567,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.504.151,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 19.911,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 287.389,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 50.039,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 36.079,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.01 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 88.882,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.681.330,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.02 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 128.167,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 501.403,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 104,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.736.377,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe 621.722,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.298.731,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 26.800,- € wird zugestimmt.

2. Dem **Teilfinanzplan A**

Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 300,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 200,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 6.100,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 9.214,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 2.314,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 400,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- € wird zugestimmt.

3. Dem **Teilfinanzplan B**

in den Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03 und 11.07.04 wird zugestimmt.

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.02.05, 11.07.01 und 11.07.04 wird zugestimmt.

5. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:

11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung

11.02.04 Veterinärwesen/Artenschutz

11.02.05 Fleischhygiene

11.07.01 Gesundheitsförderung

11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

11.07.03 Gesundheitshilfe

11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz

11.07.05 Medizinische Ausbildung OWL

wird zugestimmt

6. Den **HSK-Maßnahmen** des Amtes 530 wird zugestimmt.
Die Maßnahmen sind als Anlage 2 beigefügt.

7. Dem **Stellenplan 2016** für das Amt 530 wird zugestimmt.

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2015 für das Amt 530 ist als Anlage 3 beigefügt.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.2.1 Haushalts- und Stellenplan 2016 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2485/2014-2020/1

Ohne weitere Diskussion beschließt der SGA die vorliegende Ergänzungsvorlage.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zusätzlich zu den Ansätzen in der Beschlussvorlage Drucksachen Nr. 2485 für Mehraufwendungen der Flüchtlingsversorgung zu beschließen:

1. Konsumtiver Haushalt	
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53.000,- €
(Produktgruppe 11.07.02)	
(Kosten der Arbeitsplätze, Impfkosten)	

2. Investiver Haushalt	
Aufwendungen für Investitionen	7.000,- €
(Produktgruppe 11.07.02)	
(Sehtestgerät, Hörtestgerät)	

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 8.2.2 Beschluss des Psychiatriebeirates vom 27.01.2016

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Empfehlung des Psychiatriebeirates zur Kenntnis.

Zu Punkt 8.3 Haushaltsplan 2016 für den Stab des Dezernates 5 -095-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2521/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt (Anlage 1).

2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	0 €	431.381 €	431.381 €
11.05.05	Jobcenter Arbeitplus Bielefeld	0 €	7.084 €	7.084 €
11.05.06	REGE	0 €	1.276.211 €	1.276.211 €
Summen		0 €	1.714.676 €	1.714.676 €

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden (Anlage 2).

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** (Anlage 2) der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

4. Dem Stellenplanentwurf 2016 für den Stab des Dezernates 5 -095- wird zugestimmt.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.4 Stellenplan 2016 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2564/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der mit Beschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld vom 03.12.2015 aufgestellte Stellenplan (Anlage 1) wird genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.5 Haushaltsplan 2016 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2525/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die vorliegenden Beschlüsse des Seniorenrates und des Beirates für Behindertenfragen.

Frau Huber macht nochmal deutlich, dass für den Bereich der offenen Seniorenarbeit ca. 750.000 € im Haushalt 2016 vorgesehen seien. In den vergangenen Jahren seien 900.000 € veranschlagt worden. Vor dem Hintergrund des immer größer werdenden Personenkreises, sei dies eine überproportionale Reduzierung der Finanzmittel. Sie bittet, dies bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Auf Fragen von Herrn Buschmann teilt Beigeordneter Herr Nürnberger mit, dass sich der Verwaltungsvorstand im Herbst 2015 auf die Rahmendaten für Flüchtlingszahlen geeinigt habe. Bei den Ansatzkalkulierungen werde von bundesweit einer Million Zuwanderern ausgegangen. Bielefeld kalkuliere mit jährlich 2000 zugewiesenen Flüchtlingen. Bei der Einschätzung der Bedarfe handele es sich um Annahmen, die eventuell auch im laufenden Jahr im Rahmen von Nachtragsvorlagen korrigiert werden müssten.

Weitere Fragen von Herrn Bolte und Herrn Hood werden von Frau Schulz beantwortet.

Frau Bußmann erklärt zum Protokoll, dass sie, aufgrund der fehlenden Erhöhung des KdU-Satzes, die Vorlage Drucks.-Nr. 2525/2014-2020 ablehne.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 4) enthaltenen Sachverhalte zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen** folgender Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 2) enthaltenen Sachverhalte zugestimmt.

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	251 €	153.345 €	153.094 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	43.550.314 €	119.365.638 €	75.815.324 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	58.616.903 €	70.628.480 €	12.011.577 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	14.056.898 €	71.350.134 €	57.293.236 €
Summen		116.224.366 €	261.497.597 €	145.273.231 €

3. Den **Teilfinanzplänen A und B folgender Produktgruppen** wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 3) enthaltenen Sachverhalte **zugestimmt**.

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 68.000 €, investive Auszahlungen = 233.928 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 5.000 €

4. Den speziellen **Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

11.05.01 Grundsicherung für Arbeit (S. 787 Bd. II)

11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts (S. 793 Bd. II)

11.05.03 Besondere soziale Leistungen (S. 802 Bd. II)

5. Dem **Stellenplan 2016** für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2015 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt ist beigefügt (Anlage 5).

6. Den Konsolidierungsmaßnahmen des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt - lt. Dr.-Nr. 2411/2014-2020, lfd. Nr. 181 bis 190 wird zugestimmt (Anlage 6).

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 8.5.1 Haushaltsplan 2016 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2525/2014-2020/1

Frau Schulz informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Teilergebnispläne in der Beschlussvorlage Drucksachen Nr. 2525/2014-2020 unter Berücksichtigung der Veränderungs-

liste (Anlage 2) und der hier beigefügten Veränderungsliste zu beschließen.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 8.5.2 Beschluss des Seniorenrates vom 20.01.2016

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Empfehlung des Seniorenrates zur Kenntnis.

Zu Punkt 8.5.3 Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 27.01.2016

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen zur Kenntnis.

Zu Punkt 8.6 Haushaltsplan 2016 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2512/2014-2020

Zunächst erfolgt die Diskussion über den Antrag, Drucks.-Nr. 2736/2014-2020. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 3.1.

Sodann fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der SGA empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	124.503 €	953.406 €	828.903 €
Summen		124.503 €	953.406 €	828.903 €

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden (Anlage 1).

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.31 - investive Auszahlungen i.H.v. 2.600 € - wird zugestimmt (Anlage 2).

Dem Stellenplan 2016 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540- wird zugestimmt (Anlage 3).

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

Abschließend stimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss über den Gesamthaushalt des Sozialdezernates wie folgt ab:

- bei 5 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 9 Zielplanungsprozesse

Zu Punkt 9.1 Zielplanungsprozess 2015 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix-Berichterstattung zum 3. Terial

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2723/2014-2020

Die Organisationsleitungen erläutern exemplarisch rot unterlegte Maßnahmen und verweisen in diesem Zusammenhang auf die Erläuterungen, die die Nichterreichung der Ziele begründen.

Herr Weber bittet, bei den Maßnahmen zukünftig auch Kostenzuweisungen vorzunehmen. Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist in diesem Zusammenhang auf die neue Darstellungsweise unter TOP 9.2.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9.2 Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2735/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die bisherigen Zielmatrizen durch „Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld“ abgelöst würden und erläutert den neuen Aufbau der Dokumentation.

Diese Darstellung diene als Fachcontrolling, mit dem die Arbeit der Verwaltung dokumentiert werde.

Als Instrument des Finanzcontrollings diene der Haushalt. Unabhängig davon seien Maßnahmen, für die direkte Projektkosten ermittelt werden konnten, die entsprechenden Finanzmittel zugeordnet worden.

Herr Hood bittet, aufgrund der veränderten Darstellung und der Tatsache, dass derzeit der Fokus auf den Haushaltsplanberatungen liege, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten SGA-Sitzung erneut aufzurufen.

Die Bitte von Herrn Hood wird von zahlreichen Mitgliedern unterstützt, so dass Vorsitzende Frau Dr. Ober den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung vertagt.

-.-.-

**Zu Punkt 10 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)